

Antrag

Hannover, den 08.05.2018

Fraktion der FDP

Zukunft für die NORD/LB ohne frisches Steuergeld

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die aktuelle Krise der NORD/LB bietet die Chance, gemeinsam mit den bestehenden Anteilseignern und neuen privaten Partnern den Finanzplatz Hannover zu stärken und gleichzeitig den öffentlichen Bankensektor in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern risikoärmer, ertragsorientierter und damit dauerhaft neu zu ordnen. Eine Verlängerung der bestehenden Situation durch eine Kapitalerhöhung aus Steuermitteln ist der falsche Weg.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein Konzept zur Verbesserung der Kapitalausstattung der NORD/LB unter Hinzuziehung des Privatsektors verbunden mit dem Ziel der Reduktion von Risiken für das Land Niedersachsen und bei Einhaltung der hohen und restriktiven EU-Vorgaben zur Bankenrettung zu entwickeln,
2. ein tragfähiges, ertragreiches und langfristiges Geschäftsmodell für die Landesbank gemeinsam mit den Sparkassen sowie den weiteren Trägern, gegebenenfalls unter Aufgabe des Universalbankmodells, zu erarbeiten,
3. eine Ausgliederung der Schiffskredite aus der NORD/LB in eine neue Gesellschaft (vergleichbar mit der EAA der West/LB), ohne Steigerung des Risikos für das Land bei Sicherstellung einer angemessenen Lastenteilung aus Altrisiken und Gewährträgerhaftung zwischen den aktuellen Anteilseignern zu prüfen,
4. aktive Gespräche über die Ausgliederung der Braunschweigischen Landessparkasse als eigenständige, regionale Sparkasse mit lokaler Verantwortung zu führen. Braunschweig, Helmstedt, Holzminde, Salzgitter, Wolfenbüttel, Wolfsburg und Goslar sollten dabei als öffentliche Träger ihre Belastungsfähigkeit prüfen und sich auch in diesem Modell für private Partner öffnen.

Begründung

Die NORD/LB hat in den vergangenen Jahrzehnten seit ihrem Bestehen mehrere Wechsel des Geschäftsmodells vollzogen. Das Geschäftsmodell als Universalbank mit Privatkundengeschäft, als Sparkasse im Braunschweiger Land und als Girozentrale für die Sparkassen in den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist kostenintensiv, zunehmend ertragsschwach und starkem Wettbewerb mit Privatbanken und Genossenschaftsbanken ausgesetzt.

Darüber hinaus ist die NORD/LB große Risiken, insbesondere in der Schiffsfinanzierung, eingegangen. Dieses langlaufende hohe Kreditrisiko in Kombination mit der in dieser Form bisher einmaligen Schiffskrise und gleichzeitig steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen belastet das knappe Eigenkapital - und verhindert damit die Entwicklung neuer, tragfähiger und ertragreicher Geschäftsmodelle. Dabei wird erkennbar, dass nicht nur die NORD/LB, sondern ebenso viele andere Banken und Sparkassen Mühe haben, ihren Kunden einen dauerhaften Nutzen zu versprechen und langfristig ertragreiche Geschäftsfelder zu etablieren. Neue digitale Wettbewerber im Bankenmarkt mit fokussierten Zielgruppen und Produkten greifen die Universalbanken an. Die lang andauernde Niedrigzinsphase und die überbordende Bankenregulierung verringern die Profitabilität der NORD/LB ebenso wie die der gesamten Branche.

Die Kapitalausstattung der Norddeutschen Landesbank ist für die eingegangenen Risiken und ein wachstumsorientiertes Geschäftsmodell derzeit zu schwach. Die Unteraufsichtstellung durch die Bankenaufsicht muss ebenso wie eine erzwungene Privatisierung unter Wert verhindert werden. Der Kapitalbedarf der NORD/LB kann aber außerhalb des bestehenden Gesellschafterkreises aufgebracht werden. Die aktuellen Herausforderungen sind durch neue Impulse privater Anteilseigner leichter lösbar als durch zusätzliche Haushaltsmittel. Eine Kapitalerhöhung aus Steuermitteln lehnt der Landtag ab.

Der Landtag bekennt sich zum Finanzplatz Hannover und zum bestehenden Engagement des Landes Niedersachsen - neben anderen Anteilseignern - bei der NORD/LB. Der Landtag strebt eine langfristige Standortsicherheit verbunden mit der Reduktion der Risiken für den niedersächsischen Steuerzahler an.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 09.05.2018)